

Sachsische Zeitung.

Anzeigen... werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 20 Pfg. ...

Bezugspreis... Nr. 359. Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 3. August 1901.

Politische Wochenchau.

Die Woche ist allen mit Politik beschäftigten Lesern pfeilschnell vorbeigegangen, denn kaum gab's Ausflüsse über die zollgesetzbedingten Absichten der Regierung, so mußte auch mit elementarem Gewalt die Gegenmeinung einlegen, und dabei gab's kein Bescheiden, kein Heilewunde...

übergehung zu thun haben. Daher betrachten wir nur die allerwichtigsten auswärtigen Begebenheiten mit raschen Blicke. In China ist die Entschädigungsfrage nun endlich geregelt; China hat dafür 3 Milliarden Mark aufzubringen und soll diese Schuld bis zum Jahre 1940 tilgen.

Deutsches Reich.

Deutsches Reich.

* Die Nachricht, daß nach dem Rhein-Gott die Landgräfin von Hessen zur Reichstagswahl in die Reichstagswahl sein soll, hat sich demochterte. Die Landgräfin, geb. Prinzessin Anna von Preußen, die einzige noch lebende Tochter des Prinzen Karl von Preußen, ist heute vor acht Tagen zum katholischen Glauben übergetreten.

* Die Nachricht, daß nach dem Rhein-Gott die Landgräfin von Hessen zur Reichstagswahl in die Reichstagswahl sein soll, hat sich demochterte. Die Landgräfin, geb. Prinzessin Anna von Preußen, die einzige noch lebende Tochter des Prinzen Karl von Preußen, ist heute vor acht Tagen zum katholischen Glauben übergetreten.

* Der Contre-Admiral Oster von Schudmann, mit dem 1. September von der Stellung als Kommandant von Helgoland abzutreten ist unter Verleihung von Capitanen als Ober-Admiral der Reichsflotte zur Verfügung gestellt.

Vom Zolltarifentwurf.

Die Begründung der Zolltarifvorlage liegt befaßlich fertig vor und ist der Öffentlichkeit zugleich mit dem Gesetzentwurf selbst mitgeteilt worden. Selbsterweise hat aber die Regierung mit der Veröffentlichung dieser Begründung zurück. Sie scheint nicht zu fühlen, daß die Begründung noch weniger die Kritik vertragen kann als der Tarifentwurf selbst.

Stimmen die süddeutschen Regierungen gegen die Getreidezölle? Zu dieser Frage, die in nächster Zeit wohl noch öfter aufzuwerfen wird, zu erörtern sein wird, lesen wir in den 'Wf. Neuef. Nachr.' u. a.:

Die süddeutschen Regierungen vermögen im Bundesrat gegen das agrarische Breviergehen und seinen konstitutionellen Umfang so gut wie nichts anzusetzen. Daher wäre es ganz verfehlt, sich durch diese Anfechtung des Brevier-Wortes in Sicherheit wiegen zu lassen.

Die Art der Vorbereitung des neuen Zolltarifs wird im 'Samb. Corr.', wie folgt, festgelegt: 'Unter der Deutung des Schutzes der nationalen Arbeit und zwar vornehmlich der Landwirtschaft wurde die Wichtigkeit der Interessen der Reichsstaaten hinein, man freilich die, wenn es gelang, die Tarifpositionen in zahlreich Einzelstücke zu spalten. Unter Eindruck von diesen Vorarbeiten ist immer gewesen, daß es den fleißigen Vätern im Reichsamt des Innern als 'Ziel auf's Inaugural zu wünschen' galt, die Rolle hoch zu ziehen, um möglichst weite Interessententzelle zu beschließen und eine scharfe Waage gegen das Ausland zu haben. Dabei hatten das Recht der Interessenten eigentlich nur Landwirtschaft und Industrie, der Handel und die Schiffahrt mußten draußen bleiben.' - Auf einen etwaigen Einwand der Regierungen: 'Wir haben ja nur die Forderungen des Volkes erfüllt,' antwortet der 'Samb. Corr.': 'Die Vertreter des Großgrundbesitzes und der Großindustrie sind doch nicht das Volk; Kaufleute und Arbeiter hat man als quantitas negligible behandelt. Handwerker und Bauern nicht und auch gewissermaßen Übergangene. Und was die Arbeiter anbelangt, so sind sie, wie wir mehr Interessententzelle an als Repräsentanten des Volkes. Zudem ist es doch auf's Inaugural, daß die Forderungen für Handelsverträge im Reichsamt und in manchen Landtagen nicht immer, deutsch sind als die schubhinderlichen Strömungen. Die Regierungen haben eben auf das oberste Recht des Regiments verzichtet: Unklar zu lassen, lassen sie sich führen. Was vor wenigen Jahren eine 'rettende Hand' war, wird von ihnen heute als 'Stempelverzug' eingeschätzt, weil es bequemer ist, dem Anstrome der Agrarier und ihrer Bundesgenossen in der Großindustrie nachzugeben, als ihm zu widerstehen und in den Bahnen fortzuführen, die das Deutsche Reich zu ungeheuren Schäden der Volkswirtschaft, der Industrie und der Macht geführt haben.'

Als Beweis, wie einseitig agrarische Interessen das Gesetz in der Richtung des Zolltarifentwurfs beschuldigen können, sei der Aufstellung des Zolltarifentwurfs folgendes angegeben, führt ein Mitglied des Reichstages in der 'Königsb. Corr. d. g.' die Normierung der Zölle für Wein, die in d. h. an. Der Entwurf erhöht den Zoll für Bullen (Stiere) und Kühe von 8 M. auf 25 M. pro Stück und führt für Ochsen entlastet eines Zolles von 30 bzw. 25 M. pro Stück einen Zoll von 32 M. pro Doppeltier lebend Gewicht, ein. Daneben aber findet sich in dem Tarifentwurf die Normierung: Bullen von Höfenhöfen dürfen innerhalb der ersten sechs Jahre der Geltung dieses Tarifs an Zuchttieren nach anderer Bestimmung des Bundesrats zum Zoll von 9 M. für ein Stück eingelassen werden. Auf diesem Wege werden den großen Viehherrn, welche Simmentaler Zuchttiere einführen, pro Kopf 18 M. Zoll nachgelassen, die auf 25 M. nur 9 M. zu zahlen haben - und das für volle sechs Jahre. Die Stiere werden und die anderen fleischern Landwirthe aber müßten von dem ersten Tage an, sobald etwa der neue Tarif in Kraft träte, für jede Kuh und jeden Stier 25 M., ja sogar für jedes Stück Zuchttier, das sie aus dem Ausland holen, 15 M. Zoll entrichten. Eine solche Harmonie der Interessen gewiß kein großes und feines Geschäft! Und die Reichstagskommission hat gemessen, welche überhand das Verlangen nach einer gewissen Ermäßigung des Zolls für Zuchttiere von Höfenhöfen aufkommen ließ, muß man erwidern, daß für vollwertige Simmentaler Viehe von mehr als 3000 bis 4000 M. bezahlt werden! Wie geringe Distanz hat doch ein Zoll von 25 M. bei weitem nicht zu geringe ins Gewicht wie bei manchem Bundesrat, für den der Bauer noch nicht ein Scheitel des Haares an Geld, ein Bescheid man aber die Zölle für Bullen - der 'Seren' - und der Bauern - mit den Zöllen für Viehe! Die letzteren sollen nach dem Tarife bezahlt werden, so zwar, daß für Viehe im Preise von mehr als 2500 M. pro Stück ein Zoll von 300 M. im Entwurf führt ist. Bei entsprechenden Zöllen für jeden hohen Simmentaler 300 M. entlast 9 M., also 291 M. mehr Zoll zu zahlen haben, als sie nach dem Entwurf des Tarifs zahlen sollen. Dabei ist schon der Tarif für Viehe zu Gunsten der großen Herren gemacht. Denn je höher der Simmentaler des Viehes, desto höher der Zuchtsoll des Viehes! Bei einem Viehe von 300 M. beträgt der Zuchtsoll 30 M. oder 10 Proz., von 1000 M.: 75 oder 7 1/2 Proz., von 2500 M.: 150 M. oder 6 Proz., von 10000 M. oder mehr: 300 M. oder 3 Proz. und weniger. Die kleinen Viehe, welche verhältnismäßig so gering verzollt werden sollen, kommen aber doch sicherlich nicht zu den fleischen Bauern, sondern zu den großen Herren auf die Gutshöfe und in die Hermschäfte. Insofern geht auch das Verlangen der Stellung für die Viehhändler auf Viehe einen neuen Beweis dafür, wie wenig es in Wahrheit besteht ist, um die viel gepriesene Harmonie bäuerlicher und gutsherrenlicher Interessen.

Politisches.

Über die Beschlüsse des Vorstandes des Bundes der Landwirthe, der am Donnerstag zur Beratung des Zolltarifs beauftragt wurde, berichtet das 'Wf. Neuef. Nachr.' es um so gewissenhafter alle Bundesorgane teilhaftiger Bauernvereine, die sich mit den Forderungen des Bundes der Landwirthe wolle decken. Für die Angelegenheit, mit der der Bund den einzelnen Regierungen gute 'Nachhilfe' erteilt, ist besonders charakteristisch eine Verwertung des Bundesorgans zu der Mitteilung, daß, ebenso wie die Bauern, die auch die schädliche Abtragung einschließen habe, Anforderungen von Landwirten, Industriellen und Kaufleuten zu stellen, auf denen die Bauern Vertreter dieser Berufsgruppen ihre Wünsche und Gedanken bezüglich des veröffentlichten Zolltarifentwurfs äußern

